

Adresse überhaupt Abstand genommen werden wird, so darf dies um so mehr gehofft werden, als innerhalb der Oppositions-Partei über den Inhalt der zu erlassenden Adresse wesentliche Differenzen bestehen. Während der jetzt vorliegende Entwurf einer gemäßigteren Fraction auch die Fragen der auswärtigen Politik berührt und die Bemühungen der Regierung für Erweiterung und den Aufschwung von Handel und Verkehr, sowie für Sicherung des Verfassungsrechts in Deutschland anerkennend erwähnt, will die am meisten vorgeschrittene Partei des Liberalismus den Erlaß einer Adresse nur auf die innere Politik beschränkt wissen und hier die ganze Wucht ihres Oppositionsgelüstes concentriren. Ohne die Absicht eines solchen Sturmlaufes gegen die Regierung würde von diesem Standpunkte aus eine Adresse überhaupt keinen Sinn haben, da, wenn sie in farblosen Redensarten sich bewegte, sie völlig überflüssig erscheinen möchte. Die Regierung hat durch ihr ganzes bisheriges Verhalten, durch den Beweis persönlichen Entgegenkommens, durch eine Reihe von Erklärungen und entsprechenden Handlungen bewiesen, daß sie eben so maßvoll wie entschieden die verfassungsmäßigen Rechte des Landes wahren, die Verfassung und Gesetzgebung in freisinniger Weise ausbauen, den Wünschen des Landes nach Möglichkeit entsprechen, auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Lebens dem Fortschritt eine freie Bahn eröffnen, die Macht u. das Recht auch des gemeinsamen deutschen Vaterlandes schützen und fördern will. Mögen die loyalen und besonnenen Vertreter des Volks die Regierung darin aufrichtig unterstützen, so wird das wahre Wohl des Landes segensreich gefördert werden; der parlamentarische Tendenzkampf und die übergreifende Partei-Tactik, welche in der Adresse nur ein gelegenes Mittel erblickt, unberechtigt in die Prærogative der Krone einzugreifen, könnte nur den gedeihlichen Gang friedlichen Fortschritts hemmen und gefährden. Wenn alle Parteien das gute Einvernehmen zwischen der Regierung Sr. Majestät und der Landesvertretung als eine Grund-Bedingung für die Wohlfahrt des Staats erkennen, so hat nun auch das Abgeordnetenhaus zu beweisen, daß es seinerseits dieses Bekenntniß zur Richtschnur seines Handelns nimmt. Die mindeste Forderung, welche man an das Abgeordnetenhaus stellen darf, ist die, daß es die Råthe der Krone nicht nach vorgefaßten Meinungen, sondern nach ihren Maßnahmen beurtheilen möge.

Die ministerielle Stern-Zeitung vom 28. Abends

meldet: Der Vorsigende des Ministeriums, Prinz zu Hohenlohe, reist heute auf dringenden Rath des Arztes zur Besserung seines leidenden Zustandes nach Koschentin. Während der Abwesenheit desselben führt Herr v. d. Heydt den Vorsitz im Staatsministerium.

In der am 24. Mai stattgehabten Extra-Sitzung des Bundestages wurde der österreichisch-preussische Antrag vom 8. März auf Herstellung der Verfassung von 1831 in Kurhessen angenommen. Kurhessen erklärte sich, unter Verwahrung, bereit, Folge zu leisten.

Der Kurfürst von Hessen, von verschiedenen Seiten gedrängt, hatte den Entschluß gefaßt, einen höhern Militär nach Berlin zu senden, um die Differenzen auszugleichen. Da aber in Folge der verzögerten Antwort Herr v. Sydow abgereist und der diplomatische Verkehr vollständig abgebrochen war, so mußte ein hiesiger Offizier gewärtigen, in Berlin gar nicht beachtet zu werden. Deshalb hat sich dann der Kurfürst entschlossen, ein eigenhändiges Schreiben an den König v. Preußen zu richten, welches bereits abgegangen ist. Ueber den Inhalt kursiren die verschiedensten Angaben. Uebrigens sollen Oesterreich u. Baiern dringend vorgestellt haben, der Kurfürst solle jetzt, da Preußen seinem Ultimatum keine Gewaltmaßregel habe folgen lassen, das Ministerium ändern, indem er es nun thun könne, ohne dazu gezwungen zu erscheinen. Der Kurfürst soll diesem Rathe nicht ganz abgeneigt sein.

Aus Kassel. In Folge einer am 26. Mai bei dem Minister Bollmar stattgehabten Besprechung sämmtl. Minister haben diese dem Kurfürsten ihre Entlassungs-Gesuche überreicht. Die Annahme der Entlassung ist zweifellos. Ihre Nachfolger sind noch unbekannt.

Berlin, 28. Mai. Heut ist die Nachricht hier eingegangen, daß der Kurfürst das Entlassungsgesuch des Ministeriums Abée angenommen hat; leider fehlt die noch viel wichtigere Ergänzung dieser Nachricht, nämlich, welche Männer denn nun die mit so vielen Schwierigkeiten umgebene Wiederherstellung der Verfassung von 1831 in die Hand nehmen sollen. Dieselben können nur aus entschiedenen Freunden der Sache des Rechtes, also aus entschiedenen Gegnern des Kurfürsten bestehen, sonst ist doch alles bisher Erreichte umsonst! Die preussische Regierung ist daher auch sehr weit entfernt, ihre militärischen Maßnahmen einzustellen. Die Furcht vor Preußen — und nur sie — hat ja so viel in der unglückseligen Sache gethan, sie allein kann auch dem Werke Preußens die Krone aufsetzen